

Kreisverband Aalen-Ellwangen
Bündnis 90/ Die Grünen
Berthold Weiß
Haller Str. 70
73479 Ellwangen
Fon 0176 30464959



Redaktionen im Ostalbkreis

25. September 2014

Umgehungsstraßen sind Augenwischerei

Als Augenwischerei bezeichnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN die aktuelle Diskussion um die Verlegung der B 29 Trasse auf das Härtsfeld. „Mal ganz abgesehen von den gravierenden ökologischen Einschnitten: Wer soll dieses Projekt finanzieren?“ Diese Frage stellt der Kreisvorsitzende Berthold Weiß in einer Pressemitteilung. Er erinnert an die Landtagswahlen 2006 und 2011. Vor beiden Wahlen seien die CDU-Abgeordneten übers Land gezogen und hätten den Bürgern eine Umgehungsstraße nach der anderen versprochen. Ohne jeden Finanzierungsplan und ohne sich um ökologische Fragen zu kümmern. Geworden ist aus all diesen Versprechungen: Nichts. Außer, dass es in zahlreichen Ortschaften zu massiven Auseinandersetzungen um den Verlauf dieser Phantom-Trassen gegeben habe. Dabei seien sich alle halbwegs informierten Politiker auf Landes- und kommunaler Ebene darüber im Klaren, dass bei den Straßenbauetats der öffentlichen Hand nicht einmal die bestehende Infrastruktur instand gehalten werden könne, geschweige denn ausgebaut.

In dieser Situation wolle man nun den Bürgern im östlichen Landkreis entlang der B 29 vorgaukeln, durch eine Verlegung der Trasse auf das Härtsfeld würden alle Probleme gelöst. Über die genaue Trassenführung brauche man sich ja noch keine Gedanken machen, Hauptsache, man sei im Bundesverkehrswegeplan und habe einen festgestellten Plan. Über Details ließe sich später noch reden. Diese Politiker agieren nach Meinung der GRÜNEN verantwortungslos. Es sei allgemein bekannt, dass planfestgestellte Trassen nicht mehr abgeändert werden können, sondern nach Plan gebaut werden müssen. Auch die Frage der Finanzierung sei völlig offen. Der Bundesverkehrswegeplan mit einer Laufzeit bis 2015 liste bundesweit Projekte im vorrangigen Bedarf auf, die einen Mitteleinsatz von 36 Mrd. € erfordern - bei einem Einsatz von jährlichen 3 Mrd. Wie hier eine weitere, völlig neu geplante Trasse in einer realistischen Zeitspanne umgesetzt werden solle, sei völlig schleierhaft. Schon die einfache Fortschreibung der noch nicht gebauten Projekte im aktuellen Plan kann bei ähnlichen Haushaltsmitteln bis 2027 bestenfalls zu ca. 60% gebaut werden.

Aktuell wolle die CDU/CSU auf dem Weg der PKW-Maut „für Ausländer“ die Einnahmen des Bundes aus der Kfz-Steuer um ca. 1,5 Mrd. € senken. Dafür rechne sie mit Verwaltungskosten in Höhe von ca. 600 Mio. € jährlich. Und gleichzeitig sollen die Spediteure durch eine Senkung der LKW-Maut spürbar entlastet werden. Experten erwarteten daher trotz ausländischer Maut-Zahler eine Minderung der verfügbaren Mittel des Bundes von ca. 200 Mio. €.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern die regionale Politik auf, zu einer Politik der Sachlichkeit zurück zu kehren und solche Projekte in die unterste Schublade zu stecken. Viel notwendiger sei es, eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur aufzubauen. Dafür gelte es, sich gemeinsam einzusetzen. Notwendig ist für die GRÜNEN dazu der entschlossene Ausbau der Schiene, um sie für einen deutlich höheren Gütertransport zu ertüchtigen. Damit könne die Straße entlastet, vor allem aber die Belastung für den Bürger verringert werden.

Mit freundlichen Grüßen
Berthold Weiß